

Schwoicher ziehen

Bürgerinitiative ist nach zweitägiger mündlicher Verhandlung enttäuscht und appelliert an den Landesumweltanwalt.

BARBARA FLUCKINGER

SCHWOICH. Schon 2019 fand eine mündliche Verhandlung zur in Schwoich geplanten Baurestmassendeponie im Steinbruch Neuschwendt statt. Am Dienstag, den 17., sowie Mittwoch, den 18. Oktober, ging diese nun mit dem konsolidierten Antrag in die nächste Runde.

Rund 240 Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden sich dafür im Mehrzwecksaal Schwoich am Dienstagvormittag ein. Damit war dieser am ersten Tag bis zum letzten Platz gefüllt. Anwesend waren alle, die im Verfahren eine Stellung haben – neben Vertretern der Behörde und dem



Zwei Tage der Verhandlung in Schwoich sind vorüber, die Schwoicher fühlen sich von den Behörden „verraten und verkauft“.

Foto: Fluckinger

Antragsteller Rohrdorfer Umwelttechnik GmbH somit vor allem die betroffenen Anrainer. Die Bürgerinitiative (BI) zog nach Ende des zweiten Verhandlungstages nun eine Bilanz und zeigt sich enttäuscht. „Nach dem zweitägigen Verhandlungsmarathon fühlen sich die Bürger von Schwoich von den Behörden nicht nur im Stich gelassen, sondern verraten und verkauft, was ihr Recht und den Schutz auf eine

intakte Umwelt betrifft“, so die Bürger in einem Statement. Ein wichtiger Knackpunkt und ein angestrebtes Ziel war für die BI die Einleitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) – erstens, weil dort alle Fakten nochmals streng überprüft werden würden, und zweitens, weil hier Mindestabstände zu Wohngebieten vorgegeben wären. Die Behörde (das Land Tirol) ist jedoch im Vorfeld zum Schluss gekommen, dass

negative Bilanz

keine UVP notwendig sei. Die BI appelliert nun nochmals an den Landesumweltanwalt, eine UVP zu beantragen, um dieses Projekt noch zu stoppen. Er könne laut Ansicht der BI zu diesem Zeitpunkt „als Einziger“ noch eine UVP „beantragen“.

Alternativen „fehlen“

Ein weiterer Kritikpunkt nach dem Ende der Verhandlung: Den Bürgern fehlen Alternativstandorte, die laut Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) gefordert werden. Rohrdorfer hatte die drei weiteren Steinbrüche im Bezirk bei der Wahl für eine Baurestmassendeponie ausgeschlossen – wegen schlechterer Zufahrtsmöglichkeiten und weil diese noch in Betrieb sind. Dieses Argument ließen die Schwoicher nicht gelten. Ihrer Ansicht nach wären der Steinbruch Schmiedl oder der alte Steinbruch Wachtl-Thiersee wesentlich besser geeignet. „Mehr Verhöhnung der Bevöl-


kerung geht nicht“, so die BI.

Die Themen Lärm, Geruchsbelästigung und Windmessungen wurden ebenfalls angesprochen. Laut Rohrdorfer sind nun mobile Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen. Was den Geruch betrifft, erwarte man keine maßgebliche Belastung.

Was nach der Verhandlung noch geprüft wird, sind Emissionen und Immissionen. Diese müssen aufgrund von eingebrachten Berechnungen nochmals von den Landes-Sachverständigen genau überprüft werden. Die BI hatte argumentiert, dass bei der Staubbelastung die Deponie Matzing bisher nicht berücksichtigt wurde. Sie glaubt allerdings nicht daran, dass eine Überschreitung der Grenzwerte die geplante Deponie zu Fall bringen könnte. Die Schwoicher betonen auch, dass das Deponiesickerwasser „ohne aufwändige Filterung direkt in die Weißsache“ geleitet werden solle.

Die wasserrechtliche Bewilligung der BH steht allerdings noch aus. Die Bürger sahen sich auch bei der Verhandlungsführung benachteiligt. Es sei bei dem durchgeführten Frage-Antwort-Modus kaum möglich gewesen, Fehler der Gutachter zu benennen. So habe die Verhandlungsleiterin das wichtigste Thema Emissionen und Immissionen am Schluss behandelt. Von den Bürgern gestellte Fragen seien oftmals unzureichend beantwortet worden, so die BI.

UMFRAGE

 Mehr dazu und eine Umfrage finden Sie auf meinbezirk.at/kufstein/

